Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

93. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Februar 1967

94. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 17. Februar 1967

I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

Abgeordneter **Ollesch**

Fungiert der Bundestagsabgeordnete und Bundesminister a. D. Ernst Lemmer auch jetzt noch als persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers für Berlin-Angelegenheiten?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Abgeordneter **Rehs**

Welche Maßnahmen sind getroffen, um die nach wiederholten Presseberichten durch verringerten Spendenzufluß vor Monaten entstandene schwierige Finanzlage der Friedlandhilfe e. V. zu beheben?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Ist es — nach den Erkenntnissen der Bundesregierung — gesichert, daß die mit öffentlichen Mitteln erstellten Arbeitsplätze an den Hochschulen optimal, z. B. auch in den vorlesungsfreien Zeiten, genutzt werden können?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

IV. 1. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Beinhaltet die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 20. Januar, derzufolge der Wegfall der Ausbildungszulagen des Kindergeldgesetzes „künftig wettgemacht werden soll im Rahmen einer Reform des Familienlastenausgleichs", daß das Finanzvolumen der Ausbildungszulagen den Familien mit Kindern erhalten bleibt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

IV. 2. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der angekündigten Reform des Familienlastenausgleichs, das Gesamtvolumen der bundesgesetzlichen Familienausgleichsmaßnahmen weiter zu Lasten der Familien mit Kindern zu kürzen?

IV. 3. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Wie vereinbart die Bundesregierung die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966, derzufolge die Belastungen zum Ausgleich des Haushalts „möglichst gleichmäßig auf alle Gruppen und Schichten des Volkes verteilt werden" sollen, mit ihrem Vorschlag, einer durch weiterführende Ausbildung von drei oder vier Kindern wirtschaftlich besonders beengten Familie eine monatliche Einkommenskürzung von 90 DM bzw. 120 DM aufzuerlegen, solange sehr viele Bezieher guter und hoher Einkommen so gut wie ganz freigestellt bleiben von allen Belastungen für die Stabilisierung des Haushalts?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

V. 1. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Sind außer den Bundesministerien des Innern, für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Gesundheitswesen und wissenschaftliche Forschung noch weitere Ressorts der Bundesregierung zuständig für Fragen der Lärmbekämpfung sowie der Wasser- und Luftreinhaltung?

V. 2. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Welches Ministerium wäre zuständig für die Durchführung der vom Europarat angekündigten „Europäischen Wassercharta" sowie der „Charta der reinen Luft"?

V. 3. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Wo werden die Maßnahmen der einzelnen Bundesländer zur Lärmbekämpfung sowie zur Wasser- und Luftreinhaltung koordiniert?

V. 4. Abgeordnete **Frau Funcke**

Ist die Bundesregierung zur Vereinheitlichung der unterschiedlichen Anrechnungsbestimmungen in den Ländern bereit, in die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für medizinisch-technische Assistentinnen, sowie für Krankengymnasten, Masseure und medizinische Bademeister eine Bestimmung aufzunehmen, nach der die Ableistung eines mindestens halbjährigen pflegerischen Einsatzes im freiwilligen sozialen Jahr den Nachweis einer „vierteljährigen pflegerischen Tätigkeit in einer Krankenanstalt vor Beginn des Lehrganges" ersetzt?

V. 5.	Abgeordneter **Dichgans**	Wie lange muß der Abiturient, der Pharmazie studieren will, nach Beendigung seiner praktischen Ausbildung in der Apotheke heute durchschnittlich auf einen Studienplatz an einer deutschen Hochschule warten?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (V/5–V/7)
V. 6.	Abgeordneter **Dichgans**	Wie werden sich die in Frage V/5 erwähnten Wartezeiten verlängern, wenn künftig die bisher vor Aufnahme des Studiums abzuleistende Praktikantenzeit wegfällt, so daß dann drei Jahrgänge auf einmal Zugang zur Universität fordern?	
V. 7.	Abgeordneter **Dichgans**	Wie würden sich die in Frage V/6 erwähnten Wartezeiten verlängern, wenn der Bundestag eine Verlängerung der bisherigen Mindeststudiendauer für Apotheker beschließen sollte?	

VI. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VI. 1.	Abgeordneter **Dr. Wörner**	Teilt die Bundesregierung die vom Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen in einem Interview mit der „Washington Post" vom 1. Februar 1967 vertretenen Auffassungen über Einberufung und Thematik einer Viermächte-Konferenz über Deutschlandfragen?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (VI/1–VI/3)
VI. 2.	Abgeordneter **Dr. Wörner**	Hält die Bundesregierung den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Abhaltung einer solchen in Frage VI/1 erwähnten Viermächte-Konferenz angesichts der augenblicklichen Haltung der Sowjetunion für günstig?	
VI. 3.	Abgeordneter **Dr. Wörner**	Ist die Bundesregierung bereit, die Vorstellungen von Bundesminister Wehner über die Einsetzung einer gesamtdeutschen Kommission und den von ihr zu behandelnden Themenkreis zu präzisieren?	
VI. 4.	**Abgeordneter Schmitt-Vockenhausen**	Hat die Bundesregierung sich mit der Deutschen Botschaft in Ottawa erneut in Verbindung gesetzt, um nachträglich zu erfahren, ob die gräßlichen Methoden beim Robbenfang in Kanada abgestellt worden sind?	
VI. 5.	Abgeordneter **Dr. Bucher**	Trifft es zu, daß der französische Stadtkommandant von Berlin unter Berufung auf das Gesetz Nr. 7 der Alliierten Kommandantur ein rechtskräftiges Urteil des Berliner Kammergerichts kassieren will oder kassiert hat?	
VI. 6.	Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**	Hat sich nach Meinung der Bundesregierung die strikte Gegenseitigkeit bewährt, die bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion vorgesehen war oder sogar vereinbart wurde?	

VI.	7. Abgeordneter **Moersch**	Wie beurteilt die Bundesregierung die in dem Informationsdienst „ew" — Entwicklungsländer des Deutschen Komitees des World University Service vom 23. Januar 1967 veröffentlichten Dokumente über die Maßnahmen der Botschaft der Republik Indonesien in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den hier studierenden Indonesiern im Hinblick auf die Bitte der Botschaft, die deutschen akademischen Auslandsämter möchten diese Aktion unterstützen?
VI.	8. Abgeordneter **Moersch**	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Fragebogen des Screening Teams des Außenministeriums der Republik Indonesien ergriffen, um den von dem in Frage VI/7 genannten Informationsdienst geäußerten Verdacht nicht legaler Handlungen zu entkräften?
VI.	9. Abgeordneter **Moersch**	In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung, die in Deutschland lebenden indonesischen Studenten, Oberschüler und Praktikanten nach Einblick in das in Frage VI/7 genannte Material darauf hinzuweisen, daß sie während ihres Aufenthalts in Deutschland unter dem Schutz eines freiheitlichen Rechtsstaates stehen?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VII.	1. Abgeordneter **Geldner**	Welche Gründe sind nach Auffassung der Bundesregierung dafür maßgebend, daß die Arbeitslosenquote mit 5,4% bzw. 3,9% Mitte Januar in Bayern an der Spitze aller Bundesländer lag?
VII.	2. Abgeordneter **Geldner**	In welchen wesentlichen Punkten stimmen die Vorstellungen der Bundesregierung hinsichtlich der Raumordnung und der Strukturpolitik mit denen der bayerischen Staatsregierung überein?
VII.	3. Abgeordneter **Geldner**	Sind Zusammenhänge zwischen einer mangelhaften Raumordnung und Agrarstrukturpolitik und der Zahl der Arbeitslosen in Nord- und Südbayern zu erkennen?
VII.	4. Abgeordneter **Picard**	Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zu den Fragen der Raumordnung im Großraum Bonn?
VII.	5. Abgeordneter **Dorn**	In welchen Ministerien üben Abgeordnete bereits die Tätigkeit aus, die ihnen als Parlamentarischer Staatssekretär zugedacht ist?
VII.	6. Abgeordneter **Dorn**	Auf welcher Rechtsgrundlage sind die in Frage VII/5 erwähnten Abgeordneten dort tätig?

VII. 7.	Abgeordneter **Dorn**	In welcher Weise honoriert die Bundesregierung die in Frage VII/5 erwähnte Tätigkeit?
VII. 8.	Abgeordneter **Berlin**	Stimmt die Bundesregierung mit der Äußerung des nordrhein-westfälischen Innenministers Weyer am 7. Februar 1967 in Bad Meinberg (Lippe) überein, es sei Aufgabe des Deutschen Bundestages, aus der Vielzahl der Landespressegesetze ein einheitliches, für die Bundesrepublik geltendes Presserecht zu gestalten?
VII. 9.	Abgeordneter **Berlin**	Bei Bejahung der Frage VII/8, in welchem Stadium befinden sich die Überlegungen?
VII. 10.	Abgeordneter **Berlin**	Wann ist wohl mit einem solchen in Frage VII/8 erwähnten Entwurf für den Deutschen Bundestag zu rechnen?
VII. 11.	Abgeordneter **Fritz (Wiesbaden)**	Wird die Bundesregierung aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 5. August 1966, durch welche auf Antrag des Bundestages die Nichtigkeit des Sammlungsgesetzes festgestellt wurde, die Konsequenz ziehen, in Verhandlungen mit den Innenministern der Länder auf eine einheitliche Neugestaltung des Sammelrechtes hinzuwirken, wobei es als wesentlich erscheint, zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und insbesondere zur Vermeidung von Betrügereien das Sammlungsrecht im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten neu zu ordnen?
VII. 12.	Abgeordneter **Reichmann**	Wie hat sich die Anzahl der Kraftfahrzeugdiebstähle in den letzten fünf Jahren in der Bundesrepublik entwickelt?
VII. 13.	Abgeordneter **Reichmann**	Konzentrierten sich die Autodiebe auf besondere Kraftfahrzeugtypen?
VII. 14.	Abgeordneter **Reichmann**	Wie viele Unfälle und Verbrechen wurden in den letzten fünf Jahren in der Bundesrepublik mit gestohlenen Kraftfahrzeugen verursacht bzw. durchgeführt?
VII. 15.	Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**	Welches sind die festgestellten Fluchtgründe für die in den letzten Jahren geflüchteten Grenzsoldaten der Nationalen Volksarmee?
VII. 16.	Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die im Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote enthaltenen Zensurbestimmungen für in kommunistischen Staaten hergestellte Filme aufzuheben?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VIII. 1. Abgeordneter **Dr. Friderichs**

Macht sich die Bundesregierung die am 27. Januar 1967 in der „Welt" veröffentlichte Forderung zu eigen, die der Bundesschatzminister anläßlich der Eröffnung des Wirtschaftstages 1967 der CDU/CSU erhoben hat und die wie folgt lautet:

> „Es sollte bei der angestrebten Belebung der Konjunktur nicht ein Pfennig zur Erhaltung überholter Strukturen ausgegeben werden."?

VIII. 2. Abgeordneter **Lemmrich**

Wie groß waren 1966 die Einnahmen aus der Mineralölsteuer?

VIII. 3. Abgeordneter **Rollmann**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Mischung von Alkohol verschiedener Destillate bei der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Spirituosenindustrie auf den in- und ausländischen Märkten förderlich ist?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Stammberger**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs I 280/63 vom 17. November 1966 Ergebnisabführungsverträge zwischen einem Einzelkaufmann bzw. einer Personengesellschaft und einer Kapitalgesellschaft steuerlich nicht mehr anerkannt werden und damit mit einer jahrzehntelangen Rechtsprechung gebrochen wird?

VIII. 5. Abgeordneter **Dr. Stammberger**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den durch die in Frage VIII/4 erwähnte Rechtsprechung betroffenen Steuerpflichtigen, die im Vertrauen auf die Rechtsbeständigkeit der durch die frühere Rechtsprechung aufgestellten Norm ihr Unternehmen in mehrere rechtlich selbständige Teileinheiten aufgegliedert haben, eine Anpassung an die neue Rechtslage zu ermöglichen?

VIII. 6. Abgeordneter **Dr. Stammberger**

Ist die Bundesregierung bereit, eine Übergangszeit, in der Ergebnisabführungsverträge noch Geltung haben, einzuführen und gesetzliche Maßnahmen vorzubereiten, die eine Zusammenfassung der rechtlich selbständigen Teilbetriebe ermöglichen, zum Beispiel durch ein steuerliches Umwandlungsgesetz nach dem Muster des bis 1959 geltenden Umwandlungsgesetzes?

VIII. 7. Abgeordneter **Strohmayr**

In welcher Stückzahl wird die neue Leibniz-Gedenkmünze im Nennwert von 5 Deutsche Mark hergestellt?

VIII. 8. Abgeordneter **Strohmayr**

Wie wird sichergestellt, daß die neue Leibniz-Gedenkmünze möglichst weit gestreut wird und nicht schon bei Herausgabe zum Spekulationsobjekt werden kann?

VIII. 9. Abgeordneter **Dröscher**

Welche steuerlich bedingten Kostenunterschiede entstehen zwischen Kraftstoffen, die über Pipelines an die Raffinerien gebracht werden und solchen, die über Binnenschiffahrtswege und Straßen kommen?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

IX. 1. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, in der Zukunft die deutsche Kapitalhilfe für Entwicklungsländer nur noch liefergebundenen Ländern zu gewähren?

IX. 2. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Wie hoch ist der Anteil der deutschen Industrie bei der Projektdurchführung am EWG-Assoziierungsfonds?

IX. 3. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Wie hoch sind die Beiträge, die die Bundesrepublik an die Weltbank und andere Institutionen der Entwicklungshilfsorganisation leistet?

IX. 4. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Trifft es zu, daß die Aufführung des tschechischen Fernsehdokumentarfilms „Das höhere Prinzip" durch eine Entscheidung der dafür zuständigen Stelle im Bundeswirtschaftsministerium zur Vorführung in der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassen worden ist?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

X. 1. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Welchen Preis für frische Magermilch und analog für Magermilchpulver hält die Bundesregierung bei der Verwertung über das Tier für vertretbar?

X. 2. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Weshalb sind in der Zeit von Januar 1966 bis Januar 1967 die Preise für Sprühmagermilchpulver in der Bundesrepublik von 127,75 DM auf 147 DM pro 100 kg zuzüglich Stützung von 5,50 DM gestiegen, obwohl einerseits im Kalenderjahr 1966 die Produktion um 22 v. H. den Inlandsverbrauch überstieg und andererseits die Milcherzeuger selbst keinerlei Vorteil von der Preissteigerung hatten?

X. 3. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Was berechtigt die Bundesregierung, bei der Ein- und Auslagerung von Magermilchpulver von der bestehenden Verpflichtung der Ausschreibung nach der Verdingungsordnung für Leistungen, ausgenommen Bauleistungen (VOL) abzuweichen?

X. 4. Abgeordneter **Sander**

Wie ist der Stand der Planung auf dem Gebiet der deutschen Kartoffelforschung?

X. 5. Abgeordneter **Sander**

Was gedenkt die Bundesregierung auf den einzelnen Gebieten der Kartoffelforschung (Speisekartoffeln, Futterkartoffeln, Industriekartoffeln, Rohstoff für verschiedene Veredelungsprodukte) zu tun?

X. 6. Abgeordneter **Sander**

Welche Mittel stehen für die in Frage X/4 erwähnte Forschung bereit?

X. 7. Abgeordneter **Dröscher**

Inwieweit sind Nachrichten zutreffend, wonach wegen Verteuerung der Durum-Weizenpreise eine Erhöhung der Teigwarenverkaufspreise um ca. 30% bevorstehen soll?

X. 8. Abgeordneter **Dröscher**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der in Frage X/7 erwähnten Verteuerung des Preises eines Grundnahrungsmittels entgegenzuwirken?

X. 9. Abgeordneter **Dr. Siemer**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die zum Teil doppelte Erhöhung der Ausgleichsabgabe auf dem Fleischmarkt die Zuführung von Fleisch aus Schlachtungen, die außerhalb öffentlicher Schlachthöfe vorgenommen werden, zum Sterben verurteilt wird?

X. 10. Abgeordneter **Dr. Siemer**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die in Frage X/9 erwähnte Erhöhung, die teilweise 100% beträgt, eine Novellierung der bereits in der vorigen Legislaturperiode eingereichten Gesetzesvorlage dringend erforderlich macht?

X. 11. Abgeordneter **Dr. Siemer**

Ist die vom Bundesernährungsministerium in der 4. Legislaturperiode in Aussicht gestellte Untersuchung des gesamten Komplexes der Frischfleischversorgung durch die Versandschlachtereien und die damit im Zusammenhang stehenden Schwierigkeiten an den städtischen Schlachthöfen inzwischen fertiggestellt worden, sodaß jetzt mit einer weiteren Behandlung der Frage X/10 erwähnten Gesetzesvorlage gerechnet werden kann?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

XI. 1. Abgeordneter **Kohlberger**

Ist dem Beirat für Orthopädietechnik im Bundesarbeitsministerium die in Wien entwickelte bioelektrische Armprothese entsprechend der Ankündigung des Bundesarbeitsministers in der 45. Sitzung des Deutschen Bundestages vom Erfinder vorgeführt worden?

XI. 2. Abgeordneter **Kohlberger**

Wie weit sind eigene Entwicklungen auf dem Gebiet der elektrischen Prothesentechnik gediehen?

XI.	3. Abgeordneter **Kohlberger**	Bis wann können die rund 80 000 Unterarmamputierten mit modernen Prothesen versorgt werden?
XI.	4. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Personenkreis der Bezieher von Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und Verletztenrenten aus der gesetzlichen Unfallversicherung die Rentennachzahlungen nach den Rentenanpassungsgesetzen erst nach monatelangem Warten erhalten?
XI.	5. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**	Worauf sind die in Frage XI/4 erwähnten langen Wartefristen zurückzuführen?
XI.	6. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**	Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die in Frage XI/4 erwähnten betroffenen Rentner schneller in den Genuß der Nachzahlungen gelangen?
XI.	7. Abgeordneter **Bartsch**	Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Bedeutung der mehr und mehr auftretenden gesundheitlichen Spätschäden und der Frühalterung nach extremen Lebensverhältnissen in Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagern eine besondere Erforschung erforderlich macht?
XI.	8. Abgeordneter **Bartsch**	Teilt die Bundesregierung die Ansicht, die auch von Heimkehrer-Ärztekongressen vertreten wurde, daß die Gesamtanalyse am besten in Koordinierung von Ergebnissen auf gemeinsamer Basis, Forschung und Nutzbarmachung für extreme Lebensverhältnisse in Gegenwart und Zukunft in zentraler Zusammenfassung in einem besonderen Institut zu erarbeiten ist?
XI.	9. Abgeordneter **Bartsch**	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, für den in Frage XI/8 erwähnten Plan finanzielle Mittel zu gewinnen, indem sie mit den Ministerpräsidenten der Länder ein Einvernehmen herstellt über die Verwendung von Restmitteln für Kriegsgefangenenzertifikate?
XI.	10. Abgeordneter **Höhmann (Hessisch Lichtenau)**	Ist der Bundesarbeitsminister bereit, den infolge der beabsichtigten Schließung des Untertagebaues der Braunkohlenzeche Glimmerode und Stellberg der Hessischen Braunkohlenwerke (HBZ) GmbH im nordhessischen Zonenrandgebiet freiwerdenden Bergleuten ebenso Anpassungshilfe zu gewähren, wie sie die Arbeitskräfte aus dem Stein- und Pechkohlenbergbau erhalten?
XI.	11. Abgeordneter **Buschfort**	Trifft es zu, daß Soldaten auf Zeit nach Ablauf ihrer Dienstzeit bei eintretender Arbeitslosigkeit keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben?

XI. 12.	Abgeordneter **Buschfort**	Glaubt die Bundesregierung, bei Bejahung der Frage XI/11 die entstandenen Härten sofort oder aber erst mit Verabschiedung der großen Novelle zum AVAVG regeln zu können?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

XII. 1.	Abgeordneter **Kiep**	Trifft es zu, daß das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung im Zusammenhang mit dem Bau der Lenkwaffenzerstörer die französische Regierung aufgefordert hat, ein Angebot über die Lieferung von Salutgeschützen für die drei Zerstörer abzugeben?
XII. 2.	Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Hält das Bundesverteidigungsministerium die von ihm geplante Errichtung eines großen Lazaretts im sogenannten Pentenrieder Schlag bei Gauting mit den Bestimmungen der Genfer Konvention für vereinbar?
XII. 3.	Abgeordneter **Josten**	In welcher Form werden Wehrpflichtige aufgeklärt, daß sie in dem Jahr der Einberufung einen Erstattungsantrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich beantragen können?
XII. 4.	Abgeordneter **Wilhelm**	Ist die Bundesregierung bereit, künftig die Einberufung von wehrdienstpflichtigen Abiturienten zum Grundwehrdienst in der Weise vornehmen zu lassen, daß nicht der Geburtsjahrgang sondern der Zeitpunkt der Ablegung der Reifeprüfung für die Einberufung bestimmend ist?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XIII. 1.	Abgeordneter **Schwabe**	Soll der südöstliche Ausgang am Bahnhof Bonn zum Bahnhofvorplatz trotz allgemeiner Aufhebung der Bahnsteigsperren weiterhin vorwiegend verschlossen bleiben oder kann er wenigstens mit einem Drehkreuz versehen werden, um so zahlreichen ankommenden Reisenden, die zu den Autobushaltestellen gehen müssen, den umständlichen Umweg über das Hauptgebäude zu ersparen?
XIII. 2.	Abgeordneter **Picard**	Wann ist mit dem Bau der Bonner Südbrücke zu rechnen?
XIII. 3.	**Abgeordneter Dr. Kliesing (Honnef)**	Ist mit dem Beginn des Baues der Bonner Südbrücke gemäß den Aussagen des Bundesverkehrsministers in der 101. und 190. Sitzung (11. Dezember 1963, bzw. 16. Juni 1965) des 4. Deutschen Bundestages in diesem Jahre zu rechnen?

XIII. 4. Abgeordneter **Dr. Kliesing (Honnef)**

Wird der Bau der EB 42 im Amtsbereich Oberkassel, wie der Bundesverkehrsminister in der 190. Sitzung (16. Juni 1965) des 4. Deutschen Bundestages sagte, „spätestens im Frühjahr 1967" begonnen, so daß „die Straße 1967 voll im Bau sein wird"?

XIII. 5. Abgeordneter **Opitz**

Wie viele Anfragen oder Anträge auf Mittel aus der erhöhten Mineralölsteuer sind bei der Bundesregierung bereits eingegangen?

XIII. 6. Abgeordneter **Opitz**

Ist die Bundesregierung bereit, sofern nicht schon anderweitig geschehen, die Kommunen auf Grund dieser Fragestunde über den voraussichtlichen Weg aufzuklären, der zu dem in Frage XIII/5 erwähnten Geld führt?

XIII. 7. Abgeordneter **Opitz**

Wann etwa rechnet die Bundesregierung damit, daß die ersten Mittel aus dem in Frage XIII/5 erwähnten Steueraufkommen zur Verfügung gestellt werden können?

XIII. 8. Abgeordneter **Ramms**

Hält die Bundesregierung das Verbot, wonach Fahrschulen Autobahnen nicht benutzen dürfen, in Anbetracht der Erkenntnis noch für zeitgemäß, daß viele Besitzer neuer Führerscheine, die zum erstenmal auf einer Autobahn fahren, durch ihre Unerfahrenheit sich selbst und andere oft erheblich gefährden?

XIII. 9. Abgeordneter **Balkenhol**

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Verteilung der Mittel aus dem Mehraufkommen der Mineralölsteuer (660 Millionen DM) zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden die entsprechenden Anträge für Einzelmaßnahmen vorlegen zu lassen oder die Mittel den Ländern pauschal zur Verfügung zu stellen?

XIII. 10. Abgeordneter **Balkenhol**

Sofern die in Frage XIII/9 erwähnten Mittel für die Einzelmaßnahmen bewilligt werden, wieviel Prozent der bereitgestellten Mittel unterliegen damit dem Einfluß der Bundesregierung?

XIII. 11. Abgeordneter **Balkenhol**

Wenn die in Frage XIII/9 erwähnten Mittel den Ländern nicht pauschal zur Verfügung gestellt werden, so ist zu fragen, ob diese Einflußnahme des Bundes mit dem in Artikel 83 des Grundgesetzes gegebenen Grundsatz der Landesexekutive vereinbar ist?

XIII. 12. Abgeordneter **Dr. Vogel (Speyer)**

Wird sich die Kürzung der Haushaltsmittel auch auf den Ausbau der Umgehungsstraße Speyer im Zuge der B 39 auswirken?

XIII. 13. Abgeordneter **Dr. Vogel (Speyer)**

Wann ist mit der Fertigstellung des gesamten in Frage XIII 12 erwähnten Projekts zu rechnen?

XIII. 14. Abgeordneter **Dr. Vogel (Speyer)**

Wann kann das Teilstück Rheinbrücke — Dudenhofener Straße in Betrieb genommen werden?

XIII. 15. Abgeordneter **Ramms**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der deutschen Binnenschiffahrt?

XIII. 16. Abgeordneter **Ramms**

Ist die Bundesregierung bereit, den Bericht über „Die Entwicklung des Massengutverkehrs auf den Binnenwasserstraßen in den letzten zehn Jahren" aus dem Bulletin vom 31. Januar 1967 hier in der Fragestunde um die Vergleichszahlen über die Ertragsentwicklung in der deutschen Binnenschiffahrt zu ergänzen?

XIII. 17. Abgeordneter **Rollmann**

Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß die von der Deutschen Bundesbahn beabsichtigte ersatzlose Abschaffung der Frachtart Eilstückgut die an der Küste beheimatete deutsche Fischwirtschaft wirtschaftlich schwer treffen und die Versorgung der Bevölkerung im Binnenlande mit den leicht verderblichen Fischen und Fischwaren gefährden würde?

XIII. 18. Abgeordneter **Rollmann**

Welche Haltung würde die Bundesregierung zu einem Antrag der Deutschen Bundesbahn auf ersatzlose Abschaffung der Frachtart Eilstückgut und auf Beseitigung des seit 46 Jahren bestehenden Ausnahmetarifs 15 B I für Fische und Fischwaren einnehmen?

XIII. 19. Abgeordneter **Kulawig**

Zu welchem Ergebnis haben die Verhandlungen der Bundesregierung mit der Hohen Behörde der Montanunion über die Als-ob-Tarife geführt?

XIII. 20. Abgeordneter **Kulawig**

Werden im Falle einer Einigung mit der Hohen Behörde die Als-ob-Tarife künftig als Wettbewerbstarife oder als Ausnahmetarife gemäß Artikel 70 Abs. 4 EGKS-Vertrag gelten?

XIII. 21. Abgeordneter **Baier**

Bis wann ist mit dem Bau der seit Jahren geplanten, für 1966 zum Baubeginn zugesagten, dringend erforderlichen Umgehungsstraße B 3 von Leimen über Nußloch nach Wiesloch zu rechnen?

XIII. 22. Abgeordneter **Baier**

Wird der Bau der Autobahnteilstrecke Walldorf—Sinsheim—Neckarsulm im Rahmen des ordentlichen Haushalts bzw. des Eventualhaushalts 1967 durchgeführt?

XIII. 23. Abgeordneter **Baier**

Sind die Planungsschwierigkeiten für die Umgehungsstraße B 37 Neckarelz soweit überwunden, daß mit dem Bau alsbald begonnen werden kann?

XIII. 24. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Ist in absehbarer Zeit mit der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Plattling—Landshut zu rechnen?

XIII. 25. Abgeordneter **Lemmrich**

Werden die Mittel zum Ausbau der Bundesstraßen im Raume München, der aus Anlaß der Olympischen Spiele notwendig ist, allein aus der bayerischen Quote für die Bundesstraßen entnommen?

XIII. 26. Abgeordneter **Lemmrich**

Welche Beträge des ordentlichen Haushaltes und der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG (Öffa) wurden 1966 für den Straßenbau verausgabt?

XIII. 27. Abgeordneter **Josten**

Wie weit sind die Verhandlungen zur Erreichung einer einheitlichen Straßenverkehrs-Ordnung in Europa gediehen?

XIII. 28. Abgeordneter **Richter**

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des dritten Vierjahresplanes in der Zeit von 1967 bis 1970 den Autobahnbau Würzburg—Heilbronn von der Anschlußstelle bei Kist bis nach Weinsberg aufzunehmen?

XIII. 29. Abgeordneter **Richter**

Welche Baumaßnahmen sind 1967 und 1968 im Bereich der in Frage XIII/28 erwähnten Strecke vorgesehen?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XIV. 1. Abgeordneter **Schwabe**

Sieht die Deutsche Bundespost eine Möglichkeit, durch den Verkauf frankierter Postkarten mit Landschaftsbildern auf der linken Anschriftseite der Deutschlandwerbung zu dienen, so wie es die amerikanische Postverwaltung in Zusammenarbeit mit dem US-Travel-Service tut?

XIV. 2. Abgeordneter **Picard**

Treffen Pressemeldungen vom 31. Januar 1967 zu, wonach das zuständige Fernmeldeamt sich unter Hinweis auf die Fernsprechordnung geweigert habe, das Krankenhaus Dreieich des Landkreises Offenbach bevorzugt mit einem Telefonanschluß zu versehen, so daß das Krankenhaus ohne Telefonanschluß eröffnet werden müsse?

XIV.	3.	Abgeordneter **Folger**	Hält die Deutsche Bundespost eine Verbesserung des Vertriebes von Beitragsmarken für die freiwillige Angestelltenversicherung dadurch für möglich, daß diese auf Bestellung geliefert und entweder durch den Briefträger kassiert oder im bargeldlosen Zahlungsverkehr abgerechnet werden?
XIV.	4.	Abgeordneter **Folger**	Ist die Deutsche Bundespost bereit, die Rundfunk- und Fernsehteilnehmer zur Zahlung der Gebühren für etwa ein Jahr im voraus durch Gewährung eines Skontos anzuregen?
XIV.	5.	Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Welche positiven Auswirkungen verspricht sich die Bundesregierung von der Aufhebung der Selbständigkeit des Verwaltungspostamtes St. Georgen (Schwarzwald)?
XIV.	6.	Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Beabsichtigt die Bundesregierung das Postamt St. Georgen (Schwarzwald) nach Aufhebung seiner Selbständigkeit dem Verwaltungspostamt Triberg (Schwarzwald) zu unterstellen?
XIV.	7.	Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**	Bis wann kann der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich eingeführte Selbstwählfernverkehr, der es z. B. erlaubt, von Bonn aus direkt 136 Ortsnetze Frankreichs anzuwählen, auch auf das wichtige Ortsnetz Straßburg ausgedehnt werden?

XV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

XV.	1.	Abgeordneter **Kühn (Hildesheim)**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die für die wohnungsmäßige Unterbringung von Spätaussiedlern notwendigen Baumaßnahmen zu fördern?
XV.	2.	Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Bayern im Jahre 1966 9200 Anträgen auf Gewährung eines öffentlichen Baudarlehens im Gesamtbetrage von 500 Millionen DM, davon 250 Millionen DM für eigentumsbildende Maßnahmen und 100 Millionen DM für kinderreiche Familien, wegen mangelnder Mittel nicht mehr entsprochen werden konnte?
XV.	3.	Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in Frage XV/2 erwähnte Situation die Wohnungsmarktlage verschärft und Abwanderungstendenzen, insbesondere der Facharbeiter, in den Grenzgebieten verstärkt wurden?

XV. 4. Abgeordneter **Kiep**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß auch in Zukunft Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus von solchen Parteien bewohnt werden, die auf Grund ihrer Einkommenshöhe dazu nicht berechtigt sind?

Bonn, den 10. Februar 1967